

Wertes ÖGB-Mitglied!

Vergangenen Freitag wurde ein Inserat in den Salzburger Nachrichten abgedruckt, welches die Besteuerung von Arbeitseinkommen und Kapitaleinkommen zum Inhalt hatte. So wurde aufgezeigt, dass bei einem Bruttoeinkommen von 1500 Euro pro Monat lediglich 5 Prozent an Steuern zu leisten wären, wohingegen die KESt etwaige Kapitalerträge sofort mit 25% besteuert. So meint Herr Franz Schneider, Unterzeichner des besagten Inserates, hier eine Schieflage zu Lasten aller Vermögenden zu erkennen.

Im Folgenden möchten wir einige Argumente zur Klarstellung liefern und damit die Notwendigkeit einer raschen Reform der Lohnsteuer untermauern.

Vergleich steuerlicher Nullfälle in Österreich

Es ist schon erschreckend, dass man gerade Geringverdienern vorwirft, sie bezahlten zu wenig Steuern. Ein Blick über den Tellerrand zeigt, dass 39 Prozent aller Unternehmen keine Körperschaftsteuer, 50 Prozent der Gewerbetreibenden und sage und schreibe 66 Prozent aller land- und forstwirtschaftlichen Betriebe keine Einkommenssteuer bezahlen, wohingegen es bei den Lohnsteuerpflichtigen lediglich 18 Prozent sind, die so wenig verdienen, dass sie nicht in die Steuerpflicht gelangen.

Die Steuerpflicht beginnt bei einem Jahreseinkommen ab 11.000 Euro Steuerbemessungsgrundlage, also nach Abzug der Sozialversicherungsabgaben, Werbungskosten, Sonderausgaben etc. vom Bruttoeinkommen. Während Unternehmer einen großen steuerlichen Gestaltungsspielraum genießen - so gibt es etwa einen Gewinnfreibetrag, eine Basispauschalierung, eine Gruppenbesteuerung, etc. -, können ArbeitnehmerInnen nicht so ohne weiteres ihre Steuerbemessungsgrundlage senken, um so ihre Steuerlast zu minimieren.

Kapitaleinkommen erfüllt keinen sozialen Nutzen

Ein Arbeitnehmer mit einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von 2600 Euro etwa leistet rund 18 Prozent Sozialabgaben und findet auf seinem Bescheid einen Grenzsteuersatz von 43,2 Prozent ausgewiesen. Das sind mehr als 60% an Abgaben, welche nicht zuletzt unseren gut ausgebauten Sozialstaat erhalten. Dieser war es schließlich, der uns im Vergleich zu anderen Ländern sicher durch die Krise geführt hat. Kapitaleinkommen hingegen, die zumeist vielfach höher sind, werden pauschal mit 25 Prozent besteuert und leisten kaum einen Beitrag zum Erhalt unseres Sozialsystems.

Kapitaleinkommen bleibt von der kalten Progression unberührt

ArbeitnehmerInnen leiden seit Jahren unter der kalten Progression. So trübt sich die Freude über eine Lohnerhöhung gewaltig, wenn man plötzlich in eine höhere Steuerstufe rutscht und netto weniger übrig bleibt als zuvor. Da können dann plötzlich Steuern von 36, 43 oder gar 50 Prozent fällig werden, die der sogenannte Mittelstand zu berappen hat. Das trifft besonders all jene Menschen, die ohnedies schon unter den hohen Preisen für Wohnen, Lebenshaltung und Energie leiden. Zudem hat Österreich den zweithöchsten Einstiegssteuersatz weltweit.

Das reichste Prozent der Österreicher besitzt 37 Prozent des gesamten Vermögens

Trotzdem ist Österreich, was eine faire Besteuerung von Vermögen betrifft, im EU-Schnitt Schlusslicht. Gleichzeitig ist das Vermögen unserer Superreichen im vergangenen Jahr um fast 9 Prozent gewachsen. Zum Vergleich: Die ärmsten 50 Prozent besitzen 2,2 Prozent des Vermögens.

Um die Kaufkraft zu stärken und für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen, ist eine Steuerreform unumgänglich. Das haben sich unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr als verdient! Der ÖGB hat jedenfalls in der AK einen starken Verbündeten, wenn es um ein faires und gerechtes Steuersystem geht.

Mit freundlichen Grüßen

Heidi Hirschbichler
ÖGB-Landesgeschäftsführerin

Siegfried Pichler
ÖGB-Vorsitzender

PS: Die Unterschriften-Aktion ist sehr gut gestartet. In wenigen Tagen haben bereits knapp 62.000 Menschen für eine rasche Senkung der Lohnsteuer unterschrieben.

Hier klicken, um die Kampagne online zu unterschreiben!

Gemäß dem Telekommunikationsgesetz möchten wir Sie an dieser Stelle darauf hinweisen, dass dies kein anonymes Massen-Email ist, sondern eine Aussendung an Personen, die mit dem ÖGB in Kontakt stehen oder diesen Newsletter abonniert haben.

Impressum

Dieser Newsletter ist ein Informations-Service des Österreichischen Gewerkschaftsbundes.

[Das Impressum finden Sie hier.](#)

Bitte antworten Sie nicht auf dieses Mail.

Falls Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, folgen Sie bitte diesem Link:

<http://newsletter.gewerkschaften-online.at/ncemm/checkout/docheckout.html?p=MTA0NjB8MXww>